



NEIN

Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)

Dieses Volksbegehren würde uns alle verpflichten, Einsätze für die Allgemeinheit und Umwelt zu leisten, was einem Bürgerdienst für Mann und Frau gleich kommt. Die SVP lehnt die Initiative ab, weil künftig die Stärkung der Armee und des Zivilschutzes im Zentrum der Dienstpflicht stehen soll und nicht eine Verpflichtung der Bevölkerung zur Erfüllung allgemeiner Aufgaben für Gesellschaft und Umwelt. Ausserdem würde die Annahme der Initiative dem Arbeitsmarkt unverhältnismässig viele Arbeitskräfte entziehen und die Wirtschaft dadurch übermässig belasten. Zudem würden hohe Kosten für Bund und Kantone verursacht. Schliesslich besteht die Gefahr, dass eine Annahme der Initiative die Freiwilligenarbeit entwerten und die Milizarbeit gefährden würde.

Die Priorisierung der Bevölkerung der Schweiz soll sich nach der Sicherheit ausrichten und nicht nach dem Wohlbefinden und für gesellschaftliche Zwecke genutzt werden. Die SVP möchte eher, dass künftig die Armee und der Zivilschutz mit mehr Personal ausgestattet werden, um in dieser unsicheren Zukunft die Sicherheit zum obersten Gebot zu machen.



NEIN

Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)

Die Juso-Enteignungsinitiative ist ein Frontalangriff auf die Schweizer Wirtschaft, den Mittelstand und die unternehmerische Freiheit. Unter dem Deckmantel von Klimaschutz und Gerechtigkeit wollen die Jungsozialisten die Abschaffung des Kapitalismus und schwächen somit die Schweizer Unternehmen, die schon seit Jahrzehnten in der Schweiz tätig sind. Die geforderte 50 %-Steuer auf Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken trifft nicht etwa «die Superreichen», sondern Unternehmen, die über Generationen hinweg Werte geschaffen, Arbeitsplätze gesichert und Risiken getragen haben. Denn der allergrösste Teil des Vermögens liegt meist in der Liegenschaft und im Maschinenpark, die zum Weiterbestehen unentbehrlich sind!

Diese Initiative ist kein Beitrag zur Gerechtigkeit, sondern Ausdruck von blankem Neid und wirtschaftsfeindlicher Umverteilungsideologie. Die Folgen wären verheerend: Unternehmen müssten verkauft werden, Kapital würde ins Ausland abwandern, Arbeitsplätze und Innovationen gingen verloren – und am Ende zahlt der Mittelstand die Rechnung. Selbst der Bundesrat warnt vor massiven Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken – pro Jahr. Ein ökonomisches und politisches Minusgeschäft. Selbst der Bundesrat warnt vor dieser Initiative.

Darum sagt die SVP mit aller Deutlichkeit zu beiden Vorlagen **NEIN !**

- Nein zur Juso-Ideologie

- Nein zur Enteignungsinitiative

ABER Ja zu einer Schweiz, die auf Eigenverantwortung, Innovation und unternehmerische Freiheit setzt – und nicht auf Misstrauen, Neid und staatliche Bevormundung.

www.svp-muotathal.ch (Muotathal) / www.svp-sz.ch (Kanton Schwyz) / www.svp.ch (Schweiz)